

Antrag

der Abgeordneten von Thadden und Genossen

**betr.: Vorlage eines Gesetzentwurfs über den Verlust
der deutschen Staatsangehörigkeit beim Dienst
in einer Fremdenlegion.**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit mit dem Dienst in einer Fremdenlegion für unvereinbar erklärt wird.

Als „Fremdenlegion“ im Sinne des Gesetzes soll jede bewaffnete militärische Truppe oder Polizeiformation gelten, in der Deutsche in Mannschafts- oder Unteroffiziersgrad unter dem Befehl ausländischer Offiziere Dienst tun oder künftig tun sollen, sowie Formationen, über deren Einsatz im Ernstfalle nicht Deutsche, sondern ausländische, politische Stellen entscheiden.

Kein Deutscher darf Soldat sein, es sei denn auf Grund eines in voller Freiheit eigener Entschließung von der Bundesregierung vorgelegten und vom Bundestag beschlossenen Gesetzes, und er darf es nur in einer Gruppe, die unter deutschem Kommando steht und ausschließlich zum Schutz der deutschen Heimat durch deutschen Entschluß eingesetzt werden kann. Wer sich einer Truppe anderen Charakters anschließt, soll hierdurch automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren, ganz gleich, ob diese Truppe in Deutschland oder irgend einer anderen Stelle der Welt gebildet und eingesetzt wird.

Regelungen, die die Verteidigung eines vereinigten freiheitlichen Europas betreffen, das Deutschland mit umfaßt, werden hiervon nicht berührt, wenn sie für Deutschland und für Deutsche das gleiche bestimmen, das für andere Länder und deren Staatsangehörige gilt.

Bonn, den 27. April 1950

von Thadden
Dr. Richter
Frommhold
Dr. Leuchtgens
Paschek

Dr. Miessner
Goetzendorff
Dr. Dorls
Löfflad
Dr. Ott